

Pflege

Schnelle Entlastungen für eine sichere Zukunft

Immer mehr Menschen erhalten Leistungen aus der Pflegeversicherung. Die Suche nach zuverlässigen Pflegeanbietern wird zur Herausforderung. Die steigende Zahl der Leistungsempfänger bindet erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen. Pflegende, Gepflegte und Beitragszahlende spüren dies zunehmend. Es braucht sehr schnell gesellschaftliche und politische Grundsatzentscheidungen. Die Handlungsfähigkeit der Pflegeversicherung muss kurzfristig gesichert und langfristig konsolidiert werden. Dazu bieten sich eine Reihe von Maßnahmen an.

6

Milliarden Euro Mehrkosten wegen der Coronapandemie hat der Bund den Pflegekassen noch **nicht zurückgezahlt**.

Finanzielle Entlastung

Wir fordern eine bessere Investitionsfinanzierung für stationäre Pflegeeinrichtungen durch die Länder und einen verbindlichen, dynamisierten Steuerzuschuss aus Bundesmitteln. Dieser sollte mindestens die Refinanzierung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige umfassen. Denn die soziale Absicherung der nicht erwerbsmäßig Pflegenden ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Beitragszahlenden müssen zudem schnellstmöglich von den finanziellen Belastungen der Coronapandemie befreit werden. Zur Bewältigung der Krise wurden erhebliche Mittel aus den Rücklagen der Pflegekassen bereitgestellt. Die Rückführung von 6 Milliarden Euro steht noch aus. Sie



Darauf kommt es jetzt an:

Sicherheit: Die Pflegeversicherung muss dauerhaft finanziell stabilisiert werden.

Fairness: Beitragsgelder dürfen nur für originäre Leistungen der Pflegeversicherung verwendet werden.

Entlastung: Die Pflege muss unbürokratischer werden und die Pflegenden müssen entlastet werden.

Vernetzung: Das bundesweite Onlineportal für Pflegeplätze muss kommen.

Zukunftsfähigkeit: Auch die Pflege muss digitaler werden.

müssen endlich aus dem Bundeshaushalt beglichen werden. So ließe sich der Beitragsanstieg abschwächen.

Auch die Bundesländer müssen ihrer Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten in der stationären Langzeitpflege nachkommen. Dies entlastet sofort und unmittelbar die Eigenanteile. Darüber hinaus sollten die Ausbildungskosten für die Pflegeberufe steuerfinanziert werden. Darüber hinaus fordern wir einen Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung, um die Herausforderungen der Pflege gesamtgesellschaftlich gerecht zu verteilen.

3,6

Milliarden Euro Beiträge zahlte die Pflegeversicherung 2023 an die Rentenversicherung für die **Absicherung pflegender Angehöriger**.

Jährliches Entlastungsbudget

Wir fordern, den monatlichen Entlastungsbetrag als flexiblen Jahresanspruch auszugestalten. Dies entlastet die Betroffenen und reduziert den Verwaltungsaufwand. Pflegebedürftige müssen ihre Pflegesituation so einfach wie möglich organisieren können. Bürokratische Hürden erhöhen den Aufwand unnötig. Beim Entlastungsbetrag kann dies mit einer Jahresregelung vereinfacht werden.

Stationäre Eigenanteile von Bürokratie befreien

Wir fordern, die Leistungsbeträge und die Zuschussregelung in der stationären Langzeitpflege zu einem einzigen Zahlungsvorgang zusammenzufassen. Der Zahlbetrag sollte sowohl die Zuschüsse zu den Eigenanteilen als auch den gestaffelten Leistungsbetrag umfassen. Der hohe Aufwand unterjähriger Anpassungen könnte so vermieden werden. Das entbürokratisiert, spart Verwaltungskosten und ist sozial gerechter.

Bundesweites Onlineportal hilft bei der Suche

Wir fordern ein bundesweit einheitliches Onlineportal. Denn wer einen Pflegeplatz braucht, sucht oft mühsam und langwierig nach freien Kapazitäten. Vereinzelt gibt es regionale Informationsportale. Sie können vor Ort helfen und schaffen lokale Transparenz über Angebot und Nachfrage. Bei der Suche nach Kurzzeitpflegeplätzen oder Angeboten in verschiedenen Regionen helfen sie nicht weiter. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Betroffene schnelle Hilfe finden. Der Gesetzgeber muss zügig alle Einrichtungen verpflichten, ihre freien Kapazitäten in einem solchen Portal transparent zu machen. Diese digitale Lösung schafft Transparenz und erleichtert den Betroffenen den Zugang zu den benötigten Pflegeleistungen – schnell und flächendeckend in ganz Deutschland.

Vernetzung entlastet

Wir fordern, dass der Gesetzgeber die Digitalisierung im Pflegesystem weiterhin aktiv fördert. Im Pflegefall werden viele Informationen aus unterschiedlichen Quellen benötigt – Daten zum Gesundheitszustand, zur Wohnsituation, zu finanziellen Leistungen und vieles mehr. Oft sind diese Informationen jedoch unstrukturiert und an unterschiedlichen Stellen dokumentiert. Dies erschwert die ohnehin schwierige Pflegesituation für alle Beteiligten. Mit der elektronischen Patientenakte könnten all diese Pflegedaten gebündelt und strukturiert nutzbar

gemacht werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Informationsfluss digital funktioniert. Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen müssen an die Telematik-Infrastruktur angeschlossen sein. Es braucht das Engagement aller Akteure: Netzbetreiber, Softwarehersteller, gematik, Leistungserbringer und Kostenträger.

Digitale Kompetenz erweitern

Wir fordern, dass digitale Prozesse in der Pflege als wichtiger Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung verankert und finanziert werden. Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und professionell Pflegende brauchen mehr digitale Pflegekompetenz. Die Menschen müssen in der Lage sein, digitale Unterstützungsangebote im Pflegesystem zu verstehen und zu nutzen. Mit dem technischen Grad der Digitalisierung muss daher auch die digitale Pflegekompetenz wachsen. Nur so können digitale Angebote entlastend wirken. Wir fördern den Zugang unserer Versicherten zu digitalen Unterstützungsangeboten.

Attraktive Arbeitsbedingungen schaffen

Wir fordern bessere Strukturen und berufliche Perspektiven, um möglichst viele Menschen für die Arbeit in der Pflege zu begeistern. Immer mehr pflegebedürftige Menschen sind auf die Unterstützung durch qualifizierte Pflegekräfte angewiesen. Diese Fachkräfte werden auf dem Arbeitsmarkt seit Jahren dringend gesucht. Die verbesserte Bezahlung hat an diesem Mangel kaum etwas geändert. Mehr Geld allein reicht nicht aus, um die benötigten Fachkräfte zu finden. Die Arbeitsbedingungen insgesamt müssen noch besser werden. Das gelingt nur gemeinsam mit den Tarifpartnern, der Pflegeversicherung und den politisch Verantwortlichen.

2,15

Millionen Pflegekräfte werden 2049
in Deutschland benötigt.